

daß zwischen der sozialistischen Staatsideologie und dem christlichen Glauben viele Berührungsf lächen bestehen. Sofern diese von beiden Institutionen positiv gewertet werden, werden die Reibungsf lächen reduziert und die Gefahr der ideologischen Konkurrenzierung vermindert. Insgesamt kann gesagt werden, daß Schwarzafrika gerade

im Bereich der religiösen Toleranz Außerordentliches geleistet hat. Es dürfte keinen anderen kulturellen oder ideologischen Großraum geben, wo es gelungen ist, daß Menschen verschiedensten Glaubens und Bekenntnisses einander so hochherzig akzeptiert haben wie in Afrika.

Michael Traber

Lateinamerika: Es fehlt die demokratisch-freiheitliche Basis

Die Idee, daß dem Menschen vorstaatliche, in seiner Natur begründete, daher unverletzliche und unveräußerliche Rechte zustehen, hat sich bisher in Lateinamerika kaum oder gar nicht durchsetzen können. Oft sind die Menschenrechte als Humanitätsschlagworte abgetan worden. Ein Blick in die politische Wirklichkeit von heute verdeutlicht das: In den meisten Ländern des Subkontinents üben die Militärs die Macht aus. Im Umgang mit den subjektiven Freiheitsrechten, die das Individuum vor der Vergewaltigung durch die staatliche Willkür schützen sollen, sind sie wenig rücksichtsvoll. Wohl zu keiner Zeit wurden in Lateinamerika die Grundrechte so mißachtet wie heute. Die Auswüchse, die dabei nicht nur in Argentinien und Chile zu beobachten sind, übersteigen oft unser Begriffsvermögen. Es wäre allerdings zu einfach, wollte man nur die Militärs für diese Situation verantwortlich machen. So unbestritten es ist, daß die Streitkräfte sich in der Mißachtung der Menschenrechte unrühmlich hervortun, so notwendig ist es andererseits auch, die Ursachen für diese beklagenswerte Situation in Lateinamerika zu erklären. Es sind vielfältige Ursachen, die in jedem Lande unterschiedlich sind. Jedes Land in Lateinamerika ist anders – in der Geschichte, in der Kultur und in der Struktur.

Insgesamt aber gilt: Menschenrechte sind als Freiheitsrechte entstanden, sie mußten erkämpft werden. Die 1776 verkündete Virginia Bill of Rights und die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 waren Forderungen, die sich im politischen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit in einer bestimmten historischen Situation durchgesetzt haben. Freiheitsrechte fallen nicht vom Himmel, sie müssen erstritten werden. Individuelle und politische Grundrechte verwirklichen sich nicht aus sich heraus. Sie müssen in einem politischen System verankert werden. Daran fehlt es in den lateinamerikanischen Staaten. Dies muß man beachten, wenn man von Menschenrechten in Lateinamerika spricht. Die *Geschichte* Lateinamerikas macht es deutlich.

Noch fehlen die politischen Voraussetzungen

Beim Ausbruch des Befreiungskampfes gegen die iberischen Kolonialherren im Jahre 1810 gab es keine lateina-

merikanischen Gesellschaften und Nationen. Der Befreiungskampf wurde nicht im Namen werdender Nationen geführt, es ging zunächst um den Kampf gegen die Kolonialmächte, der nicht verbunden war mit einem Kampf für den Aufbau eigener Gesellschaftsstrukturen, Länder und Nationen. Politisch hatten die Anführer der Befreiung in Lateinamerika kein klares Ziel vor Augen.

Durch die Unabhängigkeit, die in erster Linie eine wirtschaftliche war, wurden die Figuren, nicht aber die Strukturen verändert. Man erreichte eine nationale Integration der herrschenden kreolischen Elite, die anstelle der Spanier die Macht übernahm. Die Masse der Bevölkerung blieb von diesem Prozeß wirtschaftlich, sozial und politisch ausgeschlossen. Die amerikanische Unabhängigkeit war von echten Revolutionären gegen die englische Kolonialmacht und gegen die englische Tradition mit dem Willen durchgesetzt worden, eine eigene Nation zu gründen. Für die Lateinamerikaner bedeutete die Befreiung von den iberischen Mächten nicht die Selbständigkeit. Lateinamerika hat den tatsächlichen Bruch mit den durch die spanischen Conquistadores geprägten Wertvorstellungen und Traditionen nicht vollzogen.

Als nach Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen die politische Struktur der neuen Staaten gelegt wird, werden die nordamerikanischen und französischen Demokratiemodelle importiert, teilweise werden die beiden Verfassungen wörtlich übernommen. Dieser Versuch konnte nicht gelingen, weil der Demokratie- und Verfassungsbegriff nur eine deklamatorische Bedeutung bekam. Die Verfassungen, die von gelehrten Aristokraten in die Verfassungswirklichkeit gesetzt wurden, scheiterten an den traditionellen Wertmustern in Lateinamerika. Demokratie hatte sich nach Beendigung der Unabhängigkeitskriege nicht als Herrschafts- und Lebensform auf einer Konsensbasis durchsetzen können. Die politische Kultur brachte keinen „underlying value consensus“ hervor. Der Caudillo, der in den Unabhängigkeitskriegen eine wichtige Rolle gespielt hatte, füllte das Machtvakuum aus, das durch den Wegfall der iberischen Herrschaft entstanden war. Den wenigen Demokraten, die es gewiß gab, gelang es nicht, allgemeine verbindliche Spielregeln einzuführen. Personalismus und Gewaltanwendung waren die Prinzipien des politischen Verhaltens und Handelns, die

sich durchsetzten. Allgemeine Menschen- und Grundrechte, die den demokratischen Versuchen als Wertbasis hätten zugrunde gelegt werden können, fanden nicht die allgemeine Zustimmung, deshalb nicht, weil nur eine kleine Minderheit die politische Macht besaß und ihre eigenen Spielregeln bestimmte. Die politische Machtverteilung erfolgte in Lateinamerika nicht aus einer Quelle, vom Volk selbst, sondern es existierten immer mehrere Legitimationsquellen nebeneinander. Hinzu kam ein übersteigter Nationalismus, der den Nachholbedarf an nationaler Identität, Geschichte, Unabhängigkeit und Revolution durch das spanische Erbe von theatralischer Rhetorik und zeremonialem Rituale abdeckte. Aggressive, martialische und brutale Verhaltensweisen verbinden sich zu einem politischen „machismo“, der bei der Übersteigerung der personalen Machtausübung die eigenen Interessen rücksichtslos und gewalttätig durchsetzt. Zentralwerte wie Kooperation, Kompromiß, Toleranz und gegenseitiges Vertrauen blieben schwach ausgebildet.

Wenn man von der These ausgeht, daß sich die allgemeinen Menschenrechte nur in einem System der liberalen Demokratie verwirklichen lassen, so hat dafür in Lateinamerika nie eine echte Chance bestanden. Zu komplex waren die Schwierigkeiten, die sich der Entwicklung von demokratischen Regierungssystemen in den Weg stellten. Die kulturellen Mindestvoraussetzungen fehlten deshalb, weil es in einigen Ländern mehrere Kulturen nebeneinander gab, die nicht integriert wurden (Mexiko, Guatemala, Ecuador, Bolivien, Peru), die Zahl der Analphabeten war zu hoch, um durch eine aktive Beteiligung der Bevölkerung den Wertekatalog für ein eigenes demokratisches System zu festigen. Wirtschaftlich und sozial wurde ein Mindestlebensstandard und ein Interessenausgleich von der herrschenden Minderheit (Großgrundbesitzer, Unternehmer, Militärs) nicht angestrebt. Das Volk hatte keine Gelegenheit, durch freie Wahlen die politische Macht zu verteilen. Wahlergebnisse, die nicht gefielen, wurden durch Manipulationen oder einen Staatsstreich korrigiert. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sich Demokratie als Herrschafts- und Lebensform in Lateinamerika nicht durchsetzen konnte. Wie sollten sich dann aber die allgemeinen Menschenrechte als respektierte Grundregeln des politischen Zusammenlebens und staatlicher Machtausübung verwirklichen?

Die Militärs können und wollen Menschenrechte nicht garantieren

Staatlichkeit in Lateinamerika heißt meist Militärmacht. Von 20 lateinamerikanischen Staaten sind 10 Militärdiktaturen, in 5 weiteren regiert das Militär indirekt. Populär sind die Militärs in Lateinamerika nie gewesen. Aber sie verfügen über die politische Macht. Dafür gibt es historische Gründe. Es ist zu einfach, sie immer und überall und in allen Ländern als Veto-Gruppe, Protagonisten der Herrschenden oder als bössartige Unterdrücker zu be-

zeichnen. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Militärs ihre *unterschiedliche Rolle* in den Ländern Lateinamerikas aus der Entwicklung und Veränderung in ihren Ländern ableiten. Die Rolle, die die Militärs in Peru seit Oktober 1968 spielen, hat dazu beigetragen, traditionale politische Verhaltensmuster der lateinamerikanischen Militärs in Frage zu stellen. Heute ist es so, daß aus der Verschränkung von Militär und Gesellschaft, die es in Lateinamerika seit der Unabhängigkeit immer gegeben hat, sich die unterschiedlichsten Rollenbilder der Militärs erklären, einmal als sozial-reformerische Avantgarde und Entwicklungselite, ein anderes Mal als repressive Unterdrückungsinstitution.

Politische Macht wurde in Lateinamerika seit der Unabhängigkeit mit wenigen Ausnahmen von zivilen Caudillos und Militärs verkörpert. Die Inkarnation des *Caudillismo* war und ist der militärische Führer. Die Erklärung liegt in der *Struktur der Befreiungsheere* und ihrem politischen Nachwirken. Die Führer der Heere waren meistens regionale Caudillos. Der militärische Sieg in den Unabhängigkeitskriegen war ein entscheidender Faktor für das spätere Selbstverständnis der Militärs. Ihr Anspruch, patriotisch zu handeln und die Ordnung zu garantieren, hat hier ihre historische Wurzel. Die zivilen kreolischen Oligarchien erwiesen sich als unfähig, die politische Stabilität zu garantieren. Die einzige Macht, die in sich geschlossen und diszipliniert auftrat, war die militärische, die nicht immer von sich aus die politische Verantwortung an sich zog, sondern dazu gezwungen war, wenn sich die zivilen Institutionen (Regierungen, Parteien) nicht mehr in der Lage sahen, die Probleme des Landes zu lösen. Die Militärs blieben trotz der sozio-ökonomischen Veränderungen in den Gesellschaften Lateinamerikas bis heute ein konstitutiver Faktor der politischen Systeme Lateinamerikas. Daraus hat sich eine Militarisierung der Politik ergeben.

In den fünfziger und sechziger Jahren war der nordamerikanische Beitrag zur Modernisierung der lateinamerikanischen Militärs von entscheidender Bedeutung. Die Ausbildung und die Waffen werden modernisiert, in den Militärakademien verändern sich die Lehrpläne. Den angehenden Offizieren werden neben den militärischen Aufgaben volkswirtschaftliche, soziologische und entwicklungstheoretische Themen vermittelt. Das militärische und politische Verhalten wandelt sich weiter durch die Programme der „*acción cívica*“. Spezialeinheiten arbeiten auf dem Lande, um für die Bevölkerung Brunnen zu bauen, Krankenhäuser zu errichten und Entwicklungsaufgaben zu übernehmen. Daraus entwickelt sich ein sozial-reformerisches Bewußtsein und homogene Gruppen der „*coroneles*“, die sich an die Ausarbeitung entwicklungspolitischer Konzeptionen machen. Die Unfähigkeit der zivilen Politiker, die in vielen Ländern den Aufgaben nicht gewachsen sind und die steigenden Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllen, verstärkt die politische Rollenerwartung der Militärs. Sie fühlen sich *technokratisch* besser auf die politische Verantwortung vorbereitet. Im Oktober 1968 übernahmen die peruanischen Militärs die

politische Verantwortung. Es gelang ihnen, in kurzer Zeit eine Reihe von strukturverändernden Maßnahmen (Agrarreform, Bildungsreform, Eigentumsreform) durchzusetzen. Sie müssen allerdings erkennen, daß auch sie die wirtschaftlichen Probleme nicht in kurzer Zeit lösen können. Heute hat das peruanische Modell viel an Überzeugungskraft verloren. Militärs neigen offensichtlich mehr zu technokratischen, nicht zu politischen Lösungen. Nicht unerwähnt bleiben darf auch die Tatsache, daß durch die Guerillabewegungen in den sechziger Jahren die Militärs mit einer neuen Aufgabe konfrontiert wurden, der sie zunächst recht hilflos gegenüberstanden. Mit nord-amerikanischer Hilfe gelang es ihnen, sich schnell auf diese Abwehraufgaben einzustellen. Die Provokationen, die von den Guerilleros gegen die Militärs betrieben wurden, mußten erfolglos bleiben, deshalb, weil das zahlenmäßige Verhältnis so eindeutig zugunsten der Militärs festgelegt war, zum anderen wurden in kurzer Zeit die Ausbildung und Ausrüstung so verbessert, daß es in kurzer Zeit gelang, die Guerilleros, die zumeist mehr von der Utopie als von der Wirklichkeit geleitet wurden, entscheidend zu besiegen. Allerdings wirkt nach, daß die Militärs aus diesen Auseinandersetzungen sehr gestärkt hervorgegangen sind, zugleich ist ihre Empfindlichkeit gegenüber Ideen und Programmen linker Gruppen größer geworden. In Chile hatten Allende und die Unidad Popular die Militärs in ihrem Selbstverständnis und in ihrer beruflichen Ehre so verletzt, daß diese Ereignisse auch heute noch eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Als aktive Förderer der Durchsetzung von Menschenrechten haben sich Militärregierungen noch nirgends erwiesen. Deren Unterdrückung gehört neben der wirtschaftlichen Not zum bitteren Alltag.

Die Leidtragenden: jede Form von Opposition

Die *Methoden*, die für die Verletzung der Menschenrechte in den von den Militärs regierten Ländern angewandt werden, sind unterschiedlich. Hier sollen nur einige Beispiele aufgeführt werden, die nur ein sehr unvollständiges Bild von den vielfältigen und verfeinerten Quälmethoden geben. In erster Linie richten sich die Maßnahmen gegen die Vertreter der Opposition, gegen jene Kreise, die sich in den Universitäten, in der Kirche, in Studentenverbänden, in politischen Parteien, in Künstlerorganisationen, in Gewerkschaften und Campesinoverbänden gegen die diktatorischen Praktiken wehren. Dort, wo die Regierungen nicht direkt Personen verfolgen, bilden sich mit Billigung und Unterstützung in den Streitkräften oder in der Polizei Spezialtruppen, die unter Ausnutzung der Ausnahmesituation willkürlich Personen verhaften, sie verschleppen, sie mißhandeln und nicht selten auf brutale Weise töten. Diese Menschen verschwinden, die Angehörigen werden über ihr Schicksal nicht unterrichtet. Die juristischen Möglichkeiten, die eingesetzt werden, führen kaum zum Erfolg, deshalb nicht, weil die Richter, soweit sie ihre Unabhängigkeit

bewahren können, was selten genug der Fall ist, zwar formale Schritte einleiten, die aber in den seltensten Fällen zum Erfolg führen.

Die *Verhörmethoden* unterscheiden sich in der Regel nur im Grad ihrer Grausamkeit. Männer und Frauen werden auf unvorstellbare Weise gequält, um Geständnisse zu erpressen. Oft genug gehen die Mißhandlungen so weit, daß die Überlebenden für ihr ganzes Leben gezeichnet sind. Die Militärs und die Polizei arbeiten im Schutze der Ausnahme Gesetze. Meistens werden die Verhaftungen in den Nachtstunden vorgenommen, um schnell und unkontrolliert handeln zu können. Ein ordentliches Gerichtsverfahren wird nicht in erster Linie angestrebt. Ist die physische Liquidierung eines Politikers zu riskant, so setzt man das Mittel der Ausweisung ein. Die chilenische Regierung Pinochet hat davon mehrmals Gebrauch gemacht. So wurden die PDC-Politiker *Fuentealba* (1975) und *Jaime Castillo* (1976) verhaftet und anschließend sofort ins nächste Flugzeug gebracht, das sie außer Landes brachte. Sie hatten nicht mehr die Gelegenheit, sich von ihren Familien zu verabschieden, Reisedokumente und die notwendigsten Utensilien mitzunehmen. Alle rechtlichen Schritte gegen diese Maßnahmen, die auch nach dem bestehenden chilenischen Recht unzulässig waren, blieben erfolglos. Die Richter verschanzten sich hinter formaljuristischen Argumenten, um nicht gegen die Regierung entscheiden zu müssen.

Ist die Situation hinsichtlich der Menschenrechte in Lateinamerika in der überwiegenden Mehrheit der Länder vergleichbar, so gibt es doch beachtliche Unterschiede. Am schwerwiegendsten ist gegenwärtig ihre Mißachtung in Argentinien, Brasilien, Chile, El Salvador, Guatemala, Haiti, Nicaragua, Panama und Uruguay, Länder, die direkt oder indirekt von den Militärs regiert werden.

In *Argentinien* mißachteten die Militärs, die am 24. März 1976 die Regierung von Isabel Perón, die das Land in die schlimmste Krise in der Geschichte Argentinien geführt hatte, übernahmen, in ihrem kompromißlosen Kampf gegen die Terrorgruppen der linksextremen Revolutionskommandos die Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens. Auf der einen Seite werden sie von den Terrorgruppen durch Überfälle und das Töten von Soldaten und Offizieren provoziert, sie verlieren dabei auf der anderen Seite in ihrer Reaktion das Maß der Verhältnismäßigkeit. In Argentinien sind seit März 1976 mehr als 10 000 Menschen verschwunden oder umgebracht worden.

In *Brasilien*, wo die Militärs seit 1964 regieren, stellt sich das Ausmaß der Verletzung der Menschenrechte anders dar. Durch die Passivität der Behörden wird die Ausrottung der Indianer im Amazonasgebiet vorangetrieben. Die etwas mehr als 100 000 Indianer, die heute noch leben, sind zum Untergang verurteilt. In dem Maße, in dem das Straßennetz erweitert wird, die Kolonisierung sich verstärkt, die Viehwirtschaft sich ausbreitet, erscheinen immer wieder in der Presse Nachrichten über Probleme mit den Indianern, Beschwerden und Proteste ihrer Verteidiger.

Doch geändert hat sich wenig, weil die an der Kolonisierung interessierten Interessengruppen immer wieder Wege und Mittel gefunden haben, sich durchzusetzen. Ein Dokument des Missionsrates für Eingeborenenfragen, eines der Nationalen Bischofskonferenz angegliederten Organs, aus dem Jahre 1975 hat eine Reihe von Sofortmaßnahmen für die Indianerbevölkerung verlangt, ihre Verwirklichung hat sich aber bisher als besonders schwierig erwiesen (vgl. HK, Februar 1977, 57). Im Oktober 1976 hat die Brasilianische Bischofskonferenz ein Dokument zur Frage der Gewaltanwendung erarbeitet, in dem die Morde an Priestern (*Rodolfo Lunkenbein, João Bosco Penido*), die Entführung des Bischofs Adriano Hypólito sowie die Zensur von Kirchenpublikationen verurteilt werden, ebenso Bombenanschläge auf Personen und Institutionen, die in dieser Zeit registriert wurden. Kritisiert wird, daß vielfach die Fälle von Mord, Korruption, Rauschgifthandel von der Regierung gedeckt werden. Das Leitmotiv der brasilianischen Bischöfe ist deutlich: „Die Kirche hat versucht, die Rechte der Armen und Schwachen, der Indianer und des werdenden Lebens zu verteidigen. Heute verlangt sie für das Volk mehr als Almosen: eine gerechtere Verteilung der Güter. Früher predigte sie Geduld und Resignation. Heute richtet sie ihr Wort auch an die Mächtigen, um ihnen ihre Verantwortung für die Leiden des Volkes aufzuzeigen.“

In *Chile*, wo sich durch die Machtübernahme von Salvador Allende im Jahre 1970 bis zum 11. September 1973 die Unidad Popular keineswegs als Verteidigerin der Menschenrechte hervorgetan hat, haben die seit dem Staatsstreich vom 11. September 1973 regierenden Militärs einen erbarmungslosen Kampf gegen Menschen, Ideen und Institutionen geführt, um, wie sie es nannten, die totalitären Wurzeln auszurotten. Wie viele Opfer diese Politik gefordert hat, läßt sich nicht feststellen. In den ersten beiden Jahren (1973–1975) war wegen der von den Militärs verhängten Ausnahmesituation eine Kontrolle überhaupt nicht möglich. Wer in den Verdacht geraten war, Mitglied, Anhänger oder Sympathisant der Unidad Popular oder auch der Partido Demócrata Cristiano zu sein, wurde verfolgt. Die Verhaftungen erfolgten willkürlich und wurden von der wegen ihrer Brutalität berüchtigten Geheimpolizei DINA besorgt. Unvorstellbar grausam wurden die Menschen in den Verhören gequält, um Informationen und Geständnisse zu erpressen. Bis heute ist das Schicksal von mehr als 400 Personen, die verhaftet wurden und dann nicht mehr auftauchten, nicht geklärt worden. Auch wenn in Chile nach wie vor grundsätzlich die Menschenrechte nicht respektiert werden, so hat sich die Situation in den letzten Monaten gebessert. Seit Oktober 1976 sind Folterungen oder willkürliche Verhaftungen im großen Umfang nicht mehr festgestellt worden. Im November 1976 wurden mehr als 350 Gefangene freigelassen. Nach offiziellen Angaben sitzen noch 888 Chilenen in Haft, gegen die ein Verfahren eingeleitet wurde. Ordentliche Gerichtsverfahren haben aber noch nicht stattgefunden. Die katholische Kirche hat sich seit 1973 als die wirksamste Institution im Lande, die die Verletzung der Menschen-

rechte öffentlich immer wieder kritisiert hat, in Opposition zur Regierung Pinochets gestellt. Daraus haben sich Konflikte ergeben, die allerdings bisher noch nicht zu gravierenden Auseinandersetzungen geführt haben. Den Militärs ist die Kirche in dieser Frage zu mächtig und zu glaubwürdig (vgl. auch ds. Heft, S. 227f.).

In *Uruguay* und *Paraguay* verschieben sich in der Menschenrechtsfrage nur die Nuancen. In *Uruguay* werden nach wie vor Priester, Studenten, Professoren und Oppositionspolitiker, die gegen das Regime und die Militärs ihre Kritik vortragen, konsequent verfolgt. In *Paraguay* hat sich der seit 1954 regierende General *Strössner* seit langer Zeit in Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche, die gegen die physischen und wirtschaftlichen Methoden der Unterdrückung, die von der Regierung angewandt werden, immer wieder vorgegangen ist, eingelassen. Im April 1976 wurde angeblich von der Regierung eine Verschwörung aufgedeckt. Eine gewaltige Verhaftungswelle setzte ein, die auch eine Reihe von Professoren der katholischen Universität in Asunción erfaßte. Auch das Jesuitenkolleg „Christo Rey“ wurde nicht verschont. Viele Personen wurden verhaftet, einige getötet und ausländische Priester, die in Paraguay arbeiteten, ausgewiesen. Die katholische Bischofskonferenz verurteilte in einer eindeutigen Erklärung die Verhaftungen und Ausweisungen.

In *Mittelamerika* werden in Nicaragua, El Salvador und Guatemala seit Jahren die Menschenrechte nicht beachtet. Man kann davon ausgehen, daß in *Guatemala* seit Beginn der sechziger Jahre mehr als 10 000 Menschen ermordet wurden. Die Auseinandersetzungen gehen im Grunde um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Oberschicht, die im Bündnis mit Militärs und Polizei ihre Gegner liquidiert. In *Nicaragua* beherrscht das Somoza-Regime das Land seit mehr als 40 Jahren. Wer sich der Feudalherrschaft der Familie Somoza entgegenstellt, wird mit wirtschaftlichen Mitteln oder mit Polizeigewalt verfolgt. In den letzten Jahren hat sich die Situation in *El Salvador* ebenfalls erheblich verschärft. Die Auseinandersetzungen begannen im Jahre 1972, als die Opposition die Präsidentschaftswahl gewann, die Regierung der Militärs aber durch massive Wahlfälschungen die Machtübergabe verhinderte. Das wiederholte sich bei der letzten Präsidentschaftswahl am 20. Februar 1977, als wiederum die Opposition die Wahlen gewann, die Regierung und die Militärs aber wiederum das Wahlergebnis fälschten. Daraufhin kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen mehr als 40 Personen getötet und weitere verletzt wurden.

Die Situation in *Bolivien, Ecuador, Peru, Honduras*, wo ebenfalls Militärs regieren, rückt gegenwärtig nicht so stark in den Mittelpunkt des Interesses, nicht deshalb, weil hier die Menschenrechte grundsätzlich respektiert würden, sondern eher deshalb, weil die Methoden und Praktiken, die dort angewandt werden, nicht den Eingang in die

öffentliche Diskussion finden. Nur in Venezuela und Costa Rica, mit teilweiser erheblicher Einschränkung auch in Kolumbien und Mexiko gibt es eine Garantie und einen praktizierten und durch die Gerichte abgesicherten Schutz der Menschenrechte.

Wie sich Regime rechtfertigen

Wie begründen Militärregime und Regierungen die Verletzung der Grundrechte? Zunächst gibt keine Regierung die Mißachtung öffentlich zu. Meistens wird bestritten, daß Menschen verfolgt, gequält oder umgebracht werden. Im Vordergrund der Rechtfertigung stehen in der Regel zwei Argumente, einmal der Kampf gegen den Kommunismus und zum anderen das patriotische Element. Allerdings wird als Kommunist derjenige bezeichnet, der sich kritisch mit der Regierung auseinandersetzt und soziale und wirtschaftliche Veränderungen fordert. Dieser Vorwurf trifft natürlich auch viele Priester, die in ihren Gemeinden in den Marginalzonen der Städte und auf dem Lande durch Gründung von Genossenschaften, Gewerkschaften und durch tatkräftige Mithilfe in Selbsthilfeorganisationen ihren Beitrag für die Lösung der Probleme des Landes zu leisten versuchen. Damit berühren sie Interessen und werden sehr schnell als „subversive“ Störenfriede abqualifiziert und verfolgt. Die Kritik, die von außen den Regierungen entgegenschlägt, wird mit dem Appell an die patriotischen Pflichten zu überspielen versucht. Jeder, der sich gegen Recht und Ordnung, gegen die „nationalen Interessen“ und gegen die Regierungspolitik stellt, wird als unzuverlässiger Patriot gekennzeichnet. Das beweist allerdings auch die große Empfindlichkeit der Militärs gegenüber der ausländischen Kritik. Die lateinamerikanischen Militärs sind zudem durch die Regierung Carter in den Vereinigten Staaten weiter verunsichert worden. Sie wissen sehr wohl, daß die nordamerikanische Politik einen wichtigen Einfluß in Lateinamerika hat. Sollte Präsident Carter sein Engagement für die Menschenrechte in konkrete Politik umsetzen wollen und können, dann ist damit für Lateinamerika eine Hoffnung verbunden, die sich in den nächsten beiden Jahren bemerkbar machen könnte. Das wissen auch die Militärs in Lateinamerika, die in ihrem Kampf gegen den Kommunismus nicht deshalb, weil sie als eine erste und spontane Reaktion nordamerikanische Militärhilfe ablehnen, bei der Sowjetunion ihren Waffenbedarf decken können.

Die Beachtung oder Verletzung der allgemeinen Menschenrechte ist in Lateinamerika das politische Thema, das unmittelbar *die* brennenden Lebensprobleme der Gegenwart berührt. Es handelt sich nicht nur um die Durchsetzung der Individualrechte gegenüber dem Staat, um die Absicherung der Freiheitssphäre des einzelnen gegenüber den Befugnissen des Staates, sondern vor allem auch um die Kernfrage der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung der Gesellschaften Lateinamerikas. Es gibt nicht nur die Verletzung der Rechte des einzelnen,

sondern auch die *strukturelle Verletzung der Menschenrechte*. Solange der Mehrheit der Bevölkerung das Recht auf Leben, auf Erziehung, auf politische und soziale Partizipation durch Regierungen, Personen und Strukturen vorenthalten wird, kann das Grundproblem nicht gelöst werden. Menschenrechte können allgemein nur verwirklicht werden, wenn sie als Wertbasis für ein politisches System verwirklicht werden. Darüber einen tragfähigen Konsens herbeizuführen, was bedeutet, daß viele Gruppen einverstanden sein müssen, ist die politische Aufgabe der Zukunft.

Diese Aufgabe fällt in Lateinamerika in erster Linie der *Kirche* zu. Sie wird dabei gegenwärtig politisch unterstützt von den Christlich-Demokratischen Parteien und der Central Latinoamericana de Trabajadores (CLAT). Nach der 2. Generalkonferenz des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM) hat sich in der katholischen Kirche ein Wandel vollzogen. Immer mehr erkennt sie ihre Aufgabe, als die bedeutendste Institution der Übermittlung von Werten, Normen und Glaubensgrundsätzen einen Beitrag zur politischen Entwicklung Lateinamerikas zu liefern. Wenn es ihr gelingt, eine religiös-moralische Basis für die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu leisten, wird sie sich damit zugleich aus der Identifikation mit bestimmten sozialen und politischen Gruppen endgültig lösen können. Die katholische Kirche ist heute bereits die wirksamste Streiterin für die Menschenrechte, die auch von solchen Militärdiktaturen respektiert wird, die ansonsten ihre unumschränkte Macht offenlegen. Freilich ist dazu der Wandel zur politischen Neutralität notwendig. Wenn es ihr gelingt, sich kompromißlos, vernünftig und überzeugend weiterhin für die Grundwerte der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit einzusetzen, dürfte sie nicht nur die eigenen Spannungen, die sie mit einer radikalen Minderheit auf beiden Seiten auszuhalten hat, überstehen, sondern auch eine feste Position im gesellschaftlichen Konflikt finden. Ihr Kampf für Menschen, ihre Rechte und durchgreifende Struktur-reformen markieren die Zukunftsaufgabe.

Die Sensibilität ist gewachsen

Zu keiner Zeit haben die Menschen in Lateinamerika die Nichtbeachtung der Menschenrechte als drückende Last so stark empfunden wie heute. Das Bewußtsein über die Verletzung der Grundrechte ist stärker geworden, damit auch die Forderung nach einer demokratischen Entwicklung. Dieser Entwicklung können sich langfristig auch die Militärs nicht entgegenstellen. Der Weg dahin wird zwar noch sehr mühsam sein, aber aussichtslos ist er nicht. Gewiß wird es nicht möglich sein, daß sich in Lateinamerika Demokratie als das politische System in kurzer Zeit durchsetzen wird. Aber innerhalb eines solchen langfristigen Demokratisierungsprozesses werden zweifellos Freiheitsräume geschaffen, in denen sich im Gegensatz zur heutigen Situation die Grundrechte von Personen und

Gruppen durchsetzen können. Das gilt zunächst für die Garantie eines Mindestschutzes für die Individualrechte, aber auch für die Betätigung von Gewerkschaften, Parteien und sonstigen Interessengruppen. Die politische Verwirklichung der Menschenrechte in Lateinamerika wird sich allerdings erst dann feststellen lassen, wenn die

kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundprobleme gelöst sein werden und der dabei erzielte Interessenausgleich sich als Konsensbasis für eine demokratische Grundordnung in dem besonderen lateinamerikanischen Kontext verfestigt haben wird.

Josef Thesing

Interview

Was bewegt die Ökumene?

Ein Gespräch mit Lukas Vischer

Die ökumenische Bewegung begeht an Pfingsten in Lausanne die 50. Wiederkehr des Zusammentretens der 1. Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung. „Faith and Order“ – wie man diesen wichtigen Zweig der Ökumene seit seinen Anfängen bis heute gern abgekürzt nennt – wurde zusammen mit dem Ökumenischen Rat für Praktisches Christentum („Life and Work“) zur Vorstufe des Weltkirchenrates, in dem sich 1948 beide Bewegungen zusammenfanden. Heute ist die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung im Ökumenischen Rat als Unter-einheit in die Programmeinheit „Glaube und Zeugnis“ integriert. – Wir nahmen das Jubiläum zum Anlaß für ein Gespräch mit dem Direktor der Kommission, dem bekannten reformierten Schweizer Theologen Lukas Vischer, über einige grundsätzliche Probleme der ökumenischen Bewegung im allgemeinen und des Ökumenischen Rates im besonderen. Gesprächspartner war Hans Georg Koch.

HK: Herr Dr. Vischer, das Jubiläum von „Faith and Order“ dürfte nicht zuletzt auch ein gegebener Anlaß sein, erneut über das Verhältnis von Glaubens- und Bekenntniseinheit zur Kircheneinheit nachzudenken. An dieser Frage sieden und scheiden sich ja in der ökumenischen Bewegung immer wieder die Geister, insofern die einen sagen, die Einheit sei nur durch die Übereinkunft in Glauben und Lehre zu erreichen, während die anderen meinen und meinen, nur die gemeinsame Praxis führe zur Einheit...

Vischer: Es wäre nach meiner Meinung verkehrt, hier von Entweder-Oder zu sprechen. Es ist offenkundig, daß die Einheit auf dem gemeinsamen Glauben an Jesus Christus beruht und dieser gemeinsame Glaube artikuliert werden muß. Es ist aber ebenso offenkundig, daß die Einheit eine

Zeugnis- und Dienstgemeinschaft sein muß, daß sie sich also in praktischen Konsequenzen bewähren muß. Der Gegensatz, den Sie eben beschrieben haben, hat bereits vor 50 Jahren eine gewisse Rolle gespielt. Da war auf der einen Seite die Auffassung, daß die Kirchen den Weg zueinander am ehesten durch die praktische Erfahrung finden würden; es sei darum besser, die Fragen der Lehre zunächst einmal auf sich beruhen zu lassen. Da war auf der anderen Seite die Überzeugung – und sie wurde von den Gründern der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung vertreten –, daß eine solche mehr auf die Praxis ausgerichtete Gemeinschaft auf die Dauer nicht bestehen können; es bedürfe der soliden gemeinsamen Grundlage im Verständnis des Evangeliums. Auf beiden Seiten wurde etwas Richtiges gesehen. Es ist in der Tat eine Illusion, die Einheit auf die Erfahrung der Zusammenarbeit aufzubauen. Sie muß tiefer verwurzelt sein. Es ist aber ebenso eine Illusion, daß eine Übereinkunft, die von Theologen in Kommissionen erarbeitet wird, die Einheit herbeiführe. Es bedarf für die Einheit der gemeinsamen Erfahrung. Die Kirchen müssen anfangen, in der *communio*, die sie in Jesus Christus zusammenhält, zu leben. Lehrgespräche können diese Erfahrung nicht ersetzen und auch nicht herbeiführen. Lehrgespräche sind auf diese Erfahrung vielmehr angewiesen. Denn in dem Augenblick, in dem die Kirchen anfangen, zusammen zu leben, stellen sich viele theologische Fragen in neuem Licht. Lehrgesprächen, die diese Notwendigkeit nicht ernst nehmen, fehlt eine wichtige Dimension. Sie kommen mir vor wie Schwimmstunden außerhalb des Wassers oder wie eine Anleitung zum Skifahren auf dem Trockenen. Es wird von der zu verwirklichenden Gemeinschaft geredet, ohne sie in der Erfahrung zu kennen. Es werden Übereinkünfte erzielt ohne Anschauung der Gemeinschaft, der sie dienen sollen.